

INHALT

1. Aktuelle Stunde zur Vorratsdatenspeicherung
2. Trilaterale Wattenmeerkonferenz
3. CDU steht hinter Kirchenstaatsvertrag
4. Hilferufe von Schwangeren müssen erhört werden
5. Debatte über landesweiten Schulentwicklungsplan
6. CDU-Fraktion fordert Initiative gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa
7. CDU will Gesetz über Sonn- und Feiertage schützen
8. Pflegeberufe durch mehr Informationen attraktiver machen

12.12.2013

Aktuelle Stunde zur Vorratsdatenspeicherung

Regierungsfractionen kündigen nach dessen umstrittenen Äußerungen „fachlichen Dialog“ mit Innenminister Breitner an

Heute fand im Landtag eine „Aktuelle Stunde“ zum Thema Vorratsdatenspeicherung statt. Hintergrund: Innenminister Andreas Breitner hatte dieses Instrument gegenüber Medienvertretern befürwortet, obwohl es im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW abgelehnt wird. Dafür war er von Koalitionsvertretern bis hin zum Ministerpräsidenten öffentlich kritisiert worden.

Innenminister Breitner stellte heute klar, er setze selbstverständlich den Koalitionsvertrag um. „Deshalb habe ich auch kein Problem, in der Innenministerkonferenz die Position zur Vorratsdatenspeicherung aus dem Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen und SSW zu vertreten“, so Breitner.

Er selbst sei jedoch zu der Überzeugung gelangt, „dass wir unserer Polizei ein rechtsstaatlich grundsätzlich erlaubtes Instrument - und darauf liegt die Betonung - nicht verweigern sollten, wenn dadurch schwere Straftaten aufgeklärt und akute Gefahren für Leib und Leben abgewehrt werden können.“ Diese Auffassung vertrete er aus der fachpolitischen Verantwortung seines Amtes. Deshalb sei es auch nicht seine private oder persönliche Meinung, sondern die des für die innere Sicherheit zuständigen Ministers.

CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen warf Breitner vor, dem Landtag in der Novemberdebatte zu diesem Thema seine fachliche Einschätzung vorenthalten und lediglich auf den Koalitionsvertrag verwiesen zu haben. Die Abgeordneten hätten einen Anspruch darauf, vom Innenminister zu Sachfragen dessen fachliche Position zu hören.

„Das ist ein unvertretbarer Umgang mit dem Parlament dieses Landes“, kritisierte Callsen. Auch hinsichtlich der Rolle des Innenministers als oberster Dienstherr der Polizei sei dieses Vorgehen fragwürdig. „Was sollen eigentlich die Polizistinnen und Polizisten in diesem Land davon halten, wenn ihr oberster Dienstherr die Vorratsdatenspeicherung fachlich für notwendig hält, sie politisch aber nicht umsetzen will?“

Dass Ministerpräsident Torsten Albig die fachliche Einschätzung seines Innenministers bewusst überhöre, sei ebenso unverständlich: „Es ist allerdings nicht das erste Mal, dass SPD, Grüne und SSW fachliche Bedenken der Fachleute ignorieren. Wer soll diese Landesregierung noch ernst nehmen, wenn sie dem Parlament wesentliche fachliche Erkenntnisse vorenthält?“, fragte Callsen.

In der Debatte kündigten Redner der Koalition an, mit dem Innenminister nun in einen „fachlichen Dialog“ einzutreten. Dazu erklärte der datenschutzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein: „Wir hoffen, dass SPD, Grüne und SSW zumindest mit einem Minister ihrer eigenen Landesregierung an der Sache orientiert diskutieren, und nicht wie mit anderen Gesprächspartnern an Parteiprogrammen.“

In der Sache unterstütze die CDU-Fraktion die im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene vereinbarte Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. „Damit wird ein wichtiger Baustein für die Innere Sicherheit in Deutschland wieder eingesetzt“, so Bernstein.

Daran ändere auch die heute bekannt gewordene Stellungnahme des Generalanwalts beim Europäischen Gerichtshof nichts. Dieser hatte die derzeitige Richtlinie insbesondere aufgrund der zweijährigen Speicherfrist für europarechtswidrig erklärt.

Er empfahl allerdings, die beanstandete Richtlinie nicht direkt auszusetzen. Vielmehr sollten die EU-Gesetzgeber ausreichend Zeit erhalten, um innerhalb eines vernünftigen Zeitraums die notwendigen Änderungen vorzunehmen.

„Der Koalitionsvertrag setzt mit einer Speicherfrist von drei Monaten genau diese Forderung um“, so Bernstein.



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Trilaterale Wattenmeerkonferenz

Entwurf einer Ministererklärung sieht weitere Nutzungseinschränkungen vor



Klaus Jensen, MdL

Aufgeschreckt durch den Entwurf einer Ministererklärung, die auf der Trilateralen Wattenmeerkonferenz im Februar 2014 verabschiedet werden soll, forderte die CDU-Fraktion heute (12. Dezember 2013) in einem Antrag die Landesregierung auf, keine neuen Nutzungseinschränkungen im Nationalpark Wattenmeer zuzulassen.

„Durch einige Formulierungen sahen wir die Notwendigkeit, dies im Plenum zu debattieren, bevor eventuell wieder – an uns vorbei – Fakten geschaffen werden. Und wie richtig wir liegen, zeigt uns die Sitzungsvorlage der Nationalparkkuratorien, mit ihren Ergänzungs-, Klarstellungs- und Definitionswünschen“, führte der fischereipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Klaus Jensen aus.

Der Entwurf der Ministererklärung greife Handlungsvorschläge aus dem Evaluierungsbericht der Landesregierung zum Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer auf, darunter auch die Einrichtung erweiterter Nullnutzungsgebiete. So sollen insbesondere der Fischerei zusätzliche Auflagen bei den Fangtechniken und Fanggebieten aufgedrückt werden, die nicht akzeptabel seien und sich ebenfalls nicht mit der gemeinsamen Fischereipolitik der EU vereinbaren ließen, kritisierte Jensen.

„Diese Forderungen gehen uns zu weit, ich fordere die Landesregierung und den zuständigen Minister Dr. Habeck auf: Hände weg vom Nationalparkgesetz; Hände weg von weiteren, gesetzlich verordneten Nullnutzungsgebieten; Hände weg von einer Ausdehnung der Nationalparks auf angrenzende Festlandsgebiete!“, erklärte Jensen in seinem Redebeitrag.

Die Wattenmeerkonferenz solle sich vielmehr einem Sicherheitskonzept bezüglich des Offshore-Windkraftausbaus für die Deutsche Bucht widmen, wie dies unter anderem von Insel- und Halligkonferenz sowie der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste gefordert werde. „Dies Thema drängt wirklich und sollte auch auf der Trilateralen Wattenmeerkonferenz beraten werden“, so Jensen.

Die Regierungsfractionen schlugen die Warnungen der CDU in den Wind und lehnten den Antrag ab. Statt sich inhaltlich mit der Gefahr weiterer Nutzungseinschränkungen auseinanderzusetzen, hatten SPD, GRÜNE und SSW einen eigenen Antrag eingebracht, in dem sie die Landesregierung lediglich auffordern, „die Belange Schleswig-Holsteins in die Trilaterale Regierungskonferenz zum Schutz des Wattenmeeres am 05.02.2014 in Tønder / DK

einzubringen.“

Antrag CDU-Fraktion

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1379.pdf>

Änderungsantrag SPD, GRÜNE und SSW

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1412.pdf>

CDU steht hinter Kirchenstaatsvertrag

Grüne machen sich unglaubwürdig

In der heutigen Debatte (12. Dezember 2013) diskutierten die Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages über ein kirchenpolitisches Thema. Die Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und SSW stellten einen Änderungsantrag, in dem sie eine Evaluierung des Kirchenstaatsvertrags fordern.

Ausgangspunkt war ein früherer Antrag der FDP-Fraktion. Der kirchenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Daniel Günther, sprach sich klar gegen die Anträge aus. Er betonte die großartigen Leistungen der Evangelischen und Katholischen Kirche mit ihren sozialen Einrichtungen und Kitas, die einen großen Stellenwert in der Gesellschaft innehaben.

Besonders interessant: Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende der Grünen-Fraktion will einem Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden vereinbaren. Günther wies darauf hin, dass Frau von Kalben im Vorfeld der Debatte argumentiert hatte, dass die alten Verträge mit den Kirchen nicht mehr in die heutige Zeit passen. „Verträge mit muslimischen Verbänden sind also gut, Verträge mit christlichen Kirchen sind schlecht. Das ist schon eine sehr verquere Vorstellung, die Bündnis 90/Die Grünen hier einnehmen“, so Günther.

Alleine für Schleswig-Holstein würde eine Ablösung der Kirchenstaatsverträge zwischen 300 und 500 Millionen Euro kosten. Dies sei angesichts der Haushaltslage des Landes nicht leistbar.

„Das sollte uns doch die jährlichen 12,6 Millionen Euro für die Evangelische Kirche und auch die 219.000 Euro für die Katholische Kirche allemal wert sein“, so Günther abschließend.



Kirchenpolitischer Sprecher, Daniel Günther, MdL

Hilferufe von Schwangeren müssen erhört werden

CDU-Fraktion fordert Runden Tisch zur Zukunft der Geburtshilfe

Aus aktuellem Anlass stand heute (12. Dezember 2013) die Zukunft der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein auf der Tagesordnung des Landtages: Vor wenigen Wochen hatte die Asklepios-Kliniken-Gruppe angekündigt, die Geburtshilfe auf der Insel Sylt nicht weiter aufrechterhalten zu können. Auch in anderen Teilen des Landes ist die Situation angespannt. Vor diesem Hintergrund forderte die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, neben einer Bundesratsinitiative einen „Runden Tisches“ einzurichten, „um die Entwicklung der Geburtshilfe mit allen Beteiligten zu erörtern und Situationen wie in Eckernförde oder auch auf Sylt zukünftig rechtzeitig zu vermeiden“ (Drs. 18/1406). Die Regierungsfractionen lehnten dies ab.

Ein Kernproblem seien die stark gestiegenen Beiträge für die Berufshaftpflichtversicherung, die von Gynäkologen und von Hebammen verlangt werden. Astrid Damerow, die für den Kreis Nordfriesland im Landtag sitzt, forderte Sozialministerin Kristin Alheit auf, es nicht bei leeren Lippenbekenntnissen zu belassen: „Ich nehme die Ministerin beim Wort, wenn sie in der Presse verspricht, dass die Nordseeklinik auch weiterhin in der Pflicht ist, den Versorgungsauftrag zu erfüllen.“

Nachdem der Asklepios-Konzern auf der Grundlage eines Gutachtens angekündigt hatte, die erforderlichen Versicherungssummen von ca. 40.000 Euro pro Jahr aus rechtlichen Gründen nicht zu übernehmen, hatten die Gynäkologen der Inselklinik erklärt, ab Januar nicht weiter an der Asklepios Klinik Sylt zu arbeiten.

CDU-Sozialpolitikerin Kathja Rathje-Hoffmann äußerte sich kritisch zum Plan der Regierungsfractionen, 45.000 Euro für die Entwicklung eines Konzeptes zur Absicherung des freiberuflichen Hebammenwesens bereitzustellen. Ich habe nicht verstanden, warum Sie für ein Konzept 45.000 Euro ausgeben wollen“, sagte sie an die Adresse der Regierungskoalition gerichtet. Zielführender sei es, alle Akteure an einen Tisch zu holen, um dieses dringende gesamtgesellschaftliche Problem fachübergreifend zu lösen. Gleichzeitig wies Rathje-Hoffmann darauf hin, dringend eine Rechtssicherheit für die Gynäkologen herzustellen. „Fakt ist, dass die Geburtshilfe in mehreren Landesteilen in großer Not ist - oder von großer Not bedroht ist und eine praktikable Lösung so schnell wie möglich gefunden werden muss. Dazu brauchen wir neben der Rechtssicherheit für die Gynäkologen auch wirtschaftliche Sicherheit für Hebammen“, unterstrich Rathje-Hoffmann.

Die Regierungsfractionen lehnten es ab, das Thema Geburtshilfe vertieft im zuständigen Sozialausschuss weiter zu beraten, und verweigerten nicht nur dem Antrag der CDU ihre Zustimmung, sondern stimmten auch gegen eine entsprechende Ausschussüberweisung der vorliegenden Anträge.

Antrag der Regierungsfractionen

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1385.pdf>

Antrag der CDU-Fraktion

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1406.pdf>

Debatte über landesweiten Schulentwicklungsplan CDU-Fraktion will wissen, „wohin die Reise gehen soll“

Auf Antrag der Piraten debattierte der Landtag heute in erster Lesung über die Notwendigkeit eines landesweiten Schulentwicklungsplans. Die Debatte im Landtag lässt lebhaftere Diskussionen im Ausschuss erwarten.

So betonte die Rednerin der SSW-Regierungsfraktion, die Schulentwicklungspläne müssten Kreislaufaufgabe bleiben. Zwar zeigten auch die anderen beiden Regierungsfraktionen sich skeptisch gegen einen landesweiten „Masterplan“, betonten in einzelnen Bereichen jedoch durchaus Offenheit. Bildungsministerin Wende dagegen lehnte eine detaillierte landesweite Planung klar ab.

Für die CDU-Fraktion betonte Bildungsexpertin Heike Franzen, dass sich die Diskussion über eine landesweite Schulentwicklungsplanung lohnen werde. Der Landtag als Gesetzgeber müsse der Regierung allerdings vorgeben, wie verbindlich eine landesweite Schulentwicklungsplanung sein solle und welche Ziele damit angestrebt würden.

„Wir brauchen auch Kriterien, nach denen das Land regulierend eingreifen kann. Und es geht auch um die Frage, wie wir mit Schulträgern umgehen, die für die Existenzsicherung ihrer Schulstandorte neue Wege einschlagen wollen“, betonte Franzen.

Darüber solle mit den Betroffenen und den Schulträgern in den zuständigen Ausschüssen des Landestages diskutiert werden. „Wir müssen erst wissen wo die Reise hingehet, bevor wir in den Zug steigen“, so Franzen abschließend.



Bildungsexpertin Heike Franzen, MdL

CDU-Fraktion fordert Initiative gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa Gespräch mit dem DEHOGA

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen im Bereich der Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern, insbesondere Spanien und Griechenland, zu ergreifen.

Mitglieder der Fraktionsarbeitskreise Europa, Wirtschaft und Soziales trafen sich heute am Rande der Plenartagung zu einem Informationsgespräch über Ausbildungsinitiativen des DEHOGA für ausländische junge Menschen mit dem Präsidenten des DEHOGA

Schleswig-Holstein, Peter Bartsch, und dem Hauptgeschäftsführer Stefan Scholtis. Mit jungen Spanierinnen und Spaniern gibt es zwischenzeitlich erste Ausbildungsverträge. Griechenland sind im Rahmen eines bundesweiten Programms über 60 Ausbildungsplätze angeboten worden, die leider noch nicht besetzt sind.

„Wichtig sind eine gezielte Auswahl und erste Sprachkurse im Heimatland sowie eine weitere Betreuung der Auszubildenden in Deutschland, die über die reine Ausbildung hinaus geht,“ so DEHOGA-Präsident Bartsch.

Erste Rückmeldungen der Ausbildungsbetriebe mit Spaniern seien sehr positiv. Europa- und Wirtschaftspolitiker Volker Dornquast, der Initiator des Antrages für den Landtag, sieht Deutschland in einer besonderen Verantwortung. „Die europäische Solidarität macht es erforderlich, dass die Europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen aktiv werden. Darüber hinaus muss auch das Land Schleswig-Holstein seinen Anteil bei der Lösung dieses Problems leisten“, so Dornquast. Die europapolitische Sprecherin Astrid Damerow wies darauf hin, dass die Landesregierung bei der Umsetzung der Initiative auf vorhandene Kontakte und erste Maßnahmen der Berufskammern zurückgreifen könne.



FAK Europa und Gäste

CDU will Gesetz über Sonn- und Feiertage schützen **Gebot der Stille bewahren**

Die Abgeordneten des Landtages debattierten in der heutigen Sitzung (12. Dezember 2013) über den Gesetzentwurf der PIRATEN-Fraktion zum Thema „Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage“.

Die Antragsteller der PIRATEN begründeten ihre Forderungen damit, dass besonders junge Leute sich von den herrschenden „Tanzverboten“ bevormundet fühlten. Zudem argumentierten sie, dass die christlichen Kirchen nur noch wenig mehr als die Hälfte der Bevölkerung Schleswig-Holsteins repräsentierten.

Der kirchenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, sprach sich in aller Deutlichkeit gegen solche Pläne aus: „Es ist fragwürdig, mit welchem missionarischen Eifer die Gegner ungehemmt auf alles schimpfen, was Respekt und kleinere Einschränkungen abverlangt.“

Günther setzte sich klar für den letzten gesetzlich geschützten Ruheraum gläubiger Menschen

und von Menschen, die eine Erinnerungs- und Gedächtniskultur pflegen, ein. Gleichzeitig kritisierte er diejenigen, welche mit Selbstverständlichkeit die Vorteile der christlichen Tradition in Anspruch nehmen, wie beispielsweise die gesetzliche Arbeitsbefreiung.

„Seien Sie doch mal mutig und beantragen Sie ganz im Sinne der Trennung von Staat und Kirche die Abschaffung der christlichen Feiertage“, sagte Günther an die Antragsunterstützer der PIRATEN, Grünen und FDP gewandt.

Es gehe um insgesamt drei gesetzliche Feiertage, von denen zwei kirchliche seien. Über die Hälfte der Menschen in Deutschland würden sich zu einer der beiden christlichen Kirchen bekennen. Es gebe keine andere gesellschaftliche Institution mit so hohen Mitgliederzahlen. Die Anzahl der Christen werde klein geredet.

„An 362 Tagen im Jahr können wir unbegrenzt feiern. Lediglich an drei Tagen im Jahr gilt das Gebot der Stille. Im privaten Rahmen kann man im Übrigen so viel feiern wie man möchte“, betonte Günther.

Pflegeberufe durch mehr Informationen attraktiver machen CDU fordert Landesregierung auf, endlich zu handeln!



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

Zum Abschluss des Jahres wurde in der heutigen (12. Dezember 2013) Sitzung des Landtages noch einmal über das Thema Pflege diskutiert. Nachdem in den vergangenen Monaten viele Anträge und Initiativen beschlossen wurden, forderte die CDU-Fraktion die Landesregierung nunmehr auf, endlich zu handeln und die Anträge der vergangenen Monate auch umzusetzen.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Katja Rathje-Hoffmann stellte gleich zu Beginn der Debatte klar: „Wenn wir nicht sehr bald handeln, laufen wir sehenden Auges in den programmierten Pflegenotstand. Wir haben in den vergangenen Monaten mehr beschlossen als nur die Einrichtung einer Pflegekammer. Passiert ist außer der Umfrage jedoch nicht viel.“

Für das Land Schleswig-Holstein werden laut Experten für das Jahr 2030 etwa 13.000 fehlende Pflegekräfte prognostiziert. Schon in sieben Jahren, also im Jahr 2020, wird voraussichtlich allein in der Altenpflege der Bedarf an Fachkräften um 2.000 Vollzeitstellen steigen.

Um diesem Mangel entgegenzuwirken, forderte die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Leistungserbringern, den Kostenträgern und der Bundesagentur für

Arbeit für mehr Informationen über und für eine höhere Attraktivität in den Pflegeberufe zu sorgen.

„Wir müssen es endlich schaffen, den Pflegeberuf aufzuwerten. Die Einrichtung einer Pflegekammer wird dieses Ziel nicht erreichen. Die reine Lobhudelei der Landesregierung, welche die Regierungsfractionen in ihrem Änderungsantrag durchführt, hilft dabei nicht weiter, den drohenden Fachkräftemangel in der Pflege abzuwenden“ unterstrich Rathje-Hoffmann.

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de